

# Österreich als „Brückenkopf des Westens“

## Die KPÖ und der Marshall-Plan

MANFRED MUGRAUER

Nach dem für sie enttäuschenden Wahlergebnis vom 25. November 1945 war die Kommunistische Partei Österreichs in der von Leopold Figl gebildeten Konzentrationsregierung mit nur noch einem Minister vertreten. Sie hielt damit an ihrem Selbstverständnis als konstruktiv mitgestaltende „Staatspartei“ fest, gleichzeitig war aber klar, dass die Partei in wesentlichen Fragen in Opposition zur Westorientierung der Regierung Figl-Schärf und deren Kursnahme auf eine kapitalistische Restauration stehen würde. Angesichts dieser Doppelrolle bewegte sich die KPÖ in den Jahren 1946 und 1947 im Spannungsfeld von Regierung und Opposition. Die im November 1946 von ihr gestartete Neuwahlkampagne war ein erster Versuch, die Kräfteverhältnisse in Bewegung zu bringen und einen prinzipiellen Kurswechsel einzuleiten. Diesem Zweck diente auch die immer stärker werdende Konzentration auf außerparlamentarische Aktivitäten und sozialökonomische Massenbewegungen, die an die miserable wirtschaftliche Situation und die soziale Lage der Bevölkerung anknüpften.

Am deutlichsten kam der Zwiespalt der KPÖ zwischen Regierung und Opposition in jenen Gesprächen zum Ausdruck, die der KPÖ-Nationalratsabgeordnete Ernst Fischer Mitte Mai und Anfang Juni 1947 mit führenden Politikern der ÖVP über eine Umbildung der Regierung führte („Figl-Fischerei“).<sup>1</sup> Diese Aussprachen über eine stärkere Einbeziehung der KPÖ in die Regierungsgeschäfte stellen den letzten realistischen Versuch der Partei dar, auf der Ebene des Parteienbündnisses einen außenpolitischen Kurswechsel und eine innenpolitische Wende der von ihr verfolgten antifaschistisch-demokratischen Orientierung einzuleiten. Nach der Skandalisierung der Gespräche wurde unübersehbar, was de facto seit dem November 1945 festgestanden war, nämlich dass für eine dahingehende Zusammenarbeit jede Grundlage fehlte.

### Antikommunistisches Instrument

Es dauerte schließlich nur noch etwas mehr als fünf Monate, bis die Konzentra-

tionsregierung auch formal zerbrach und die KPÖ im November 1947 infolge ihrer Kritik an der Währungsreform aus der Regierung austrat. In den Monaten bis zum Ausscheiden aus der Regierung war die KPÖ nicht mehr in der Lage, einen sichtbaren Einfluss auf die Regierungsgeschäfte zu nehmen. Karl Altman blieb als Minister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung stärker denn je von den zentralen politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Die KPÖ war im Gegenteil sogar gezwungen, weitere Schritte mitzutragen, die die politische und wirtschaftliche Westorientierung Österreichs vertieften, allen voran die Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan, der unmittelbar nach der „Figl-Fischerei“ von US-Außenminister George C. Marshall präsentiert worden war.

Wie für die Besatzungszeit insgesamt war auch für den Ausgrenzungsprozess der KPÖ die enge Verbindung von innen- und außenpolitischen Faktoren charakteristisch. Der Marshall-Plan war ein entscheidender Katalysator dieser Entwicklung. Den europäischen Regierungen wurde seitens der Vereinigten Staaten Hilfe beim Wiederaufbau der angeschlagenen Wirtschaft zugesagt: „Dies aber nur, wenn sie sich dazu bereiterklärten, eine liberale und auf dem Prinzip des Freihandels basierende Wirtschafts- und eine betont antikommunistische Außen- und Innenpolitik zu verfolgen“, wie der Historiker Wolfgang Wippermann den Zusammenhang von politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der USA im Hinblick auf die westeuropäischen Staaten verdeutlicht.<sup>2</sup> Wesentlicher politischer Zweck des Marshall-Plans war – so der übereinstimmende Befund in der Forschungsliteratur – die „Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses“ in Europa.<sup>3</sup> Er erweiterte den Kalten Krieg und die im März 1947 verkündete Truman-Doktrin zur „Eindämmung“ des Kommunismus („containment“) durch eine ökonomische Komponente. Ein Gesichtspunkt, der auch in der zeitgenössischen Debatte von den Befürwortern erkannt wurde: „Die Dollars, die der Marshall-Plan verheißt, sind Kugeln in dem Kampf gegen den Kommunismus“, war etwa im September 1947 in der theoretischen

Zeitschrift der SPÖ zu lesen.<sup>4</sup> Tatsächlich stärkte der Marshall-Plan „die bereits bestehende antikommunistische Grundstimmung“ in Österreich.<sup>5</sup> Angesichts der US-amerikanischen Befürchtung, dass das Land „in die kommunistische Einflussosphäre miteinbezogen werden könnte“, erhielt Österreich überdurchschnittlich hohe Marshall-Plan-Mittel, „um die innere soziale und wirtschaftliche Ruhe zu gewährleisten“.<sup>6</sup> Der Westen praktizierte in Österreich ein „containment by integration“, „das heißt, der Kommunismus in Österreich wurde durch eine quasi-Integration des Landes in den Westen eingedämmt“.<sup>7</sup>

### Anfängliche Zustimmung der KPÖ?

Entgegen anderslautender Befunde in der Forschungsliteratur stand die KPÖ der Marshall-Hilfe von Beginn an – und nicht erst auf sowjetischen Zuruf hin – skeptisch bzw. ablehnend gegenüber. Bereits im September 1946 hatte die KPÖ erste Gespräche über einen Dollarkredit als „Expansionspolitik des amerikanischen Finanzkapitals“ mit dem Ziele der „Zurückdrängung des russischen Einflusses“ kritisiert und darin einen Hinweis darauf erkannt, Österreich zu einem „Brückenkopf kapitalistischer Expansionsinteressen gegen den Osten“ zu machen.<sup>8</sup> Die Kredite würden als „Allheilmittel“ angepriesen, so der KPÖ-Vorsitzende Johann Kopleng, sie sollten aber nicht nur dem Wiederaufbau dienen, „sondern dunklen politischen Plänen zur Verwandlung Österreichs in einen Brückenkopf des Westens“. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt – im Herbst 1946 – wurde von Kopleng die Gefahr kritisiert, dass Österreich zu einer „Kolonie des amerikanischen Finanzkapitals“ verwandelt werde.<sup>9</sup>

In nahezu sämtlichen wissenschaftlichen Darstellungen wird davon ausgegangen, dass auch der kommunistische Minister am 28. Juni 1947 im Ministerrat der Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan zunächst zugestimmt habe.<sup>10</sup> Der Politologe Anton Pelinka schreibt etwa, dass selbst die KPÖ „am Beginn [...] positiv auf den Marshall-Plan reagiert“ habe.<sup>11</sup> Laut dem Historiker Manfred Rauchensteiner seien die Kommu-

nisten „unorthodox genug“ gewesen, dem *European Recovery Program* (ERP) zuzustimmen.<sup>12</sup> Bei Hugo Portisch wird die angebliche Zustimmung der KPÖ sogar mit atmosphärischen Eindrücken verbunden, soll diese doch „zum Erstaunen und zur Erleichterung der Regierung und der Öffentlichkeit“ erfolgt sein.<sup>13</sup> Erst angesichts der wenige Tage später bekannt gewordenen ablehnenden Haltung des sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw Molotow und nach dem Abbruch der Pariser Außenministerkonferenz habe die KPÖ schließlich ein „wildes Trommelfeuer“<sup>14</sup> gegen den Marshall-Plan gestartet. Die anfängliche Zustimmung von Karl Altmann wird in diesen Darstellungen damit begründet, dass auch Molotow die Einladung seiner Amtskollegen Ernest Bevin und Georges Bidault nach Paris zu einer britisch-französisch-sowjetischen Vorkonferenz angenommen und die KPÖ zu diesem Zeitpunkt noch keine „Weisungen“ aus Moskau erhalten hatte.<sup>15</sup> Erst als wenige Tage später die sowjetische Ablehnung des Marshall-Plans deutlich wurde, schwenkte auch die KPÖ auf die Linie Moskaus ein, so die gängige Interpretation.

An dieser Darstellung sind mehrere Aspekte zu korrigieren: Zum einen wurde die offizielle Einladung an Österreich, an der ERP-Konferenz in Paris teilzunehmen, erst am 4. Juli 1947, also einen Tag nach der Abreise von Molotow aus Paris, ausgesprochen, zu einem Zeitpunkt, als die kritische Haltung der KPÖ bereits in der *Volksstimme* nachzulesen war.<sup>16</sup> An diesem Tag wurde im Leitartikel des kommunistischen Zentralorgans eingeschätzt, dass der Marshallplan „nichts anderes (sei) als ein neues Firmenschild für die berüchtigte Truman-Doktrin der Blockbildung und Spaltung“.<sup>17</sup> Erst tags darauf, am 5. Juli, fand die Rede von Marshall in Cambridge (Massachusetts) statt, in der er ein Programm für die europäische Wirtschaftshilfe entwickelte. Vor diesem Hintergrund wird es auch in der Literatur als überaus „bemerkenswert“ hervorgehoben, dass der Regierungsbeschluss vom 28. Juni 1947 bereits zu einer Zeit erfolgt war, „als es noch gar keine Einladung zu einer Konferenz“ über den Marshall-Plan gab.<sup>18</sup> Rauchensteiner wertet es als „Ausdruck der besonderen Notsituation, dass Österreich, noch ehe überhaupt eine regelrechte Einladung zur ERP-Konferenz in Paris ausgesprochen war, seine Bereitschaft erklärte, an dem Hilfsprogramm teilzunehmen“.<sup>19</sup> Der Haupt-

grund für diese rätselhafte Beschlussfassung lag jedoch nicht nur in der allgemeinen Notlage Österreichs im Juni 1947, sondern in einer günstigen personellen Konstellation, die sich den beiden großen Regierungsparteien Ende Juni 1947 im Ministerrat bot.

Die angebliche Zustimmung Karl Altmanns zur österreichischen Teilnahme am Marshall-Plan geht mehr oder weniger exklusiv auf die Memoiren des damaligen Außenministers Karl Gruber (ÖVP) zurück. Dieser weiß dort zu berichten, dass zur Zeit der Viermächtekonferenz in Paris die Stimmung in Österreich optimistisch gewesen sei und dies vom Ministerrat „ausgenützt“ wurde, um eine „weitgehende Ermächtigung“ zur Teilnahme an der Pariser Konferenz zu erwirken. „Zu unserer Erleichterung schluckte der kommunistische Kollege den Antrag ohne weitere Debatte“, so Gruber in der Annahme, dass Altmann „wohl die Tragweite seiner Zustimmung kaum bewußt (war)“. Und zwar deshalb, weil er „noch keine Richtlinie von höherer Stelle“, also aus Moskau, erhalten habe.<sup>20</sup> Was die politischen BeobachterInnen und HistorikerInnen über Jahrzehnte an dieser Darstellung Grubers nicht störte, war die Tatsache, dass am Tag der angeblichen Beschlussfassung, dem 28. Juni 1947, gar keine Ministerratssitzung stattfand. Erst Gerald Stourzh hat 1998 in der vierten Auflage seiner Staatsvertragsgeschichte klargestellt, dass dieser Beschluss im Zirkulationswege zustande gekommen ist, was angesichts der Tragweite dieser Entscheidung als einzigartiger Vorgang gewertet werden kann. „Manche Indizien weisen darauf hin, daß Antrag und Ministerratsbeschluss im Zirkulationswege in größter Eile zustande kamen; der Gedanke, daß sehr geschickte Taktik einschließlich einer Überrumpelung des kommunistischen Regierungsmitglieds mit im Spiel gewesen sein könnte, läßt sich nicht ganz von der Hand weisen“, so Stourzh.<sup>21</sup>

Die Überrumpelung bestand zunächst darin, dass Altmann in diesen Tagen gar nicht in Wien anwesend war, weil er an einer internationalen Energietagung in St. Anton am Arlberg teilnahm.<sup>22</sup> Aus diesem Grund konnte er auch an der 73. Sitzung des Ministerrats am 24. Juni 1947 nicht teilnehmen, in deren Rahmen ein erster Schritt Richtung Marshall-Plan beschlossen wurde, nämlich der „Relief Act“, der ein Abkommen zwischen den USA und Österreich über ein – bilaterales – amerikanisches Hilfsprogramm

zum Inhalt hatte.<sup>23</sup> Dass bereits diese Beschlussfassung nur unter Umgehung Altmanns zustande kommen konnte, belegt ein Bericht des kommunistischen Regierungsmitglieds an die Führung seiner Partei: Hierin teilt Altmann mit, dass dieser Punkt auf Antrag Grubers erst nachträglich – also nach der bereits erfolgten Einladung zur Sitzung – auf die Tagesordnung gesetzt wurde, zu einem Zeitpunkt, als Altmann bereits aus Wien abgereist war.<sup>24</sup> Da die Beschlüsse des Ministerrats nur einstimmig erfolgen konnten, war also nicht – wie von Gruber in seinen Erinnerungen geschildert – die Stimmung Altmanns in der Ministerratssitzung günstig, sondern einzig und allein dessen Abwesenheit, die Gruber dazu nutzte, um hinter dem Rücken des kommunistischen Ministers die Tagesordnung zu ändern. Nach nur kurzer Debatte ermächtigte der Ministerrat den Bundeskanzler, das Abkommen mit den USA zu unterzeichnen. Bereits einen Tag später, am 25. Juni 1947, setzten US-Hochkommissar Geoffrey Keyes, Kanzler Leopold Figl und Außenminister Karl Gruber ihre Unterschrift unter das Dokument.<sup>25</sup> Dies ist nicht zuletzt auch deshalb bemerkenswert, weil die österreichische Regierung bilateralen Abkommen mit der Sowjetunion – etwa in der Frage gemischter Wirtschaftsgesellschaften – ablehnend gegenüberstand. In der darauffolgenden Sitzung des Ministerrats am 1. Juli teilte Figl lakonisch mit, dass am 25. Juni der „Marshall-Europa-Plan“ unterzeichnet wurde und Österreich der erste Staat sei, der vom 350 Millionen Dollar-Kredit der USA einen Nutzen ziehen werde. Obwohl Altmann an der Sitzung teilnahm, folgte keine weitere Debatte über diese Information.<sup>26</sup>

Damit nicht genug, ließ sich Karl Gruber durch den angesprochenen Zirkulationsbeschluss ermächtigen, „durch den Pariser Gesandten dem französischen Außenminister unser großes Interesse an dem Marshall Europa-Plan zum Ausdruck zu bringen und gleichzeitig auch die Außenminister in Washington, London und Moskau über diesen Schritt zu informieren“.<sup>27</sup> Aktenmäßig findet sich sein Antrag nicht als Beilage zu den Protokollen des Ministerrats, sondern nur in der Ablage der politischen Sektion des Außenamts.<sup>28</sup> In redaktionell leicht bearbeiteter Textierung findet sich der Beschluss am Ende des Beschlussprotokolls der 74. Sitzung am 1. Juli 1947, datiert mit 24. Juni.<sup>29</sup> In der *Wiener Zeitung* wurde am 29. Juni nur im Kleingedruck-

ten mitgeteilt, dass die Beschlussfassung am Abend des 28. Juni erfolgt sei,<sup>30</sup> obwohl der Öffentlichkeit zweifelsohne bekannt war, dass die Sitzungen des Ministerrats nicht am Samstag, sondern immer am Dienstag stattfanden. Bei Lektüre der Ministerratsprotokolle dieser Wochen wird man auch indirekt nicht auf diesen Umlaufbeschluss aufmerksam, was in geradezu umgekehrtem Verhältnis zu seiner politischen Bedeutung steht. Zu ergänzen bleibt, dass der auf dem Zirkulationswege gefasste Beschluss ohne die Zustimmung Altmanns zustande gekommen ist. Der KPÖ-Minister wurde weder telegrafisch noch auf anderem Wege in die Beschlussfassung eingebunden.

Aus dem an die Parteiführung gerichteten Bericht von Karl Altmann über die darauffolgenden Sitzungen des Ministerrats am 1. und 8. Juli 1947 geht hervor, dass der KPÖ-Minister bis zum 8. Juli (!) vom Zirkulationsbeschluss, der in der *Wiener Zeitung* bereits beiläufig erwähnt worden war, keine Kenntnis erlangt hatte.<sup>31</sup> Nicht auszuschließen ist, dass er den Beschluss mit der bloß diplomatischen Floskel, wonach durch den österreichischen Gesandten in Paris ein „großes Interesse“ am Europa-Plan zum Ausdruck gebracht werden sollte, mit dem inhaltlich ähnlich gelagerten Beschluss über den „Relief Act“ identifizierte und ihm auch deshalb keine größere Bedeutung beigemessen hat. Auch allfällige Unklarheiten über die in diesen Tagen modifizierte sowjetische Linie gegenüber der Pariser Konferenz spiegeln sich im Schreiben Altmanns vom 1. Juli nicht wider. Den „Relief Act“ hatte Altmann zu diesem Zeitpunkt überdies „nur flüchtig durchgesehen“.<sup>32</sup>

### Win-win-Situation

Obwohl Karl Altmann und die KPÖ von Karl Gruber sowohl formal als auch inhaltlich überrumpelt worden waren, folgte in den nächsten Tagen und Wochen in der kommunistischen Presse keine Skandalisierung dieser regierungsinternen Vorgänge. Abgesehen von der strengen Vertraulichkeit des Ministerrats sind dafür zwei Erklärungsfaktoren in Betracht zu ziehen: Zum einen wurde in Moskau eine sowjetische Beteiligung am europäischen Wiederaufbauprogramm tatsächlich ernsthaft in Erwägung gezogen,<sup>33</sup> was durch die Teilnahme Molotows an der Pariser Vorkonferenz deutlich wurde. Diese Tatsache hätte Altmann – im Falle einer Teilnahme an der Ministerratssitzung – zumindest zu einer abwartenden Haltung Anlass gegeben.

Grubers Manöver wurde aber aus einem anderen Grund auch im Nachhinein nicht öffentlich gemacht: Im Falle eines Einspruchs seiner Partei gegen den „Relief Act“ wäre Altmann bereits Ende Juni 1947 nichts anderes übrig geblieben, als seinen Rücktritt einzureichen und aus der Regierung auszuscheiden. Ein solcher Schritt hätte aber zu diesem Zeitpunkt gewiss keine Massenbewegung gegen die Regierung Figl-Schärf ausgelöst, wie von der KPÖ mit dem schon länger ins Auge gefassten Regierungsaustritt intendiert war. „Es ist bei dieser Angelegenheit, wie mir scheint, sogar günstig, dass ich bei der Ministerratssitzung nicht anwesend war und dass ich überdies vor meiner Abreise noch keine Kenntnis von dem Tagesordnungspunkt hatte“, resümierte Karl Altmann vor diesem Hintergrund die Beschlussfassung über den „Relief Act“.<sup>34</sup>

Angesichts ihrer prekären Zwischenstellung als de facto Oppositionspartei im Rahmen eines Regierungsbündnisses entpuppte sich die Überrumpelung der KPÖ damit als eine solche zu ihrem eigenen Vorteil. Man mag über die Motive spekulieren, warum die KPÖ diese intransparenten Vorgänge nicht öffentlich als weiteren Beleg für die einseitige Westorientierung der beiden anderen Regierungsparteien angeprangert hat. Nicht aufrechtzuhalten ist jedoch die Deutung, wonach Altmann aus Naivität – weil er „nicht rechtzeitig die sowjetische Linie gewittert“ hatte<sup>35</sup> – einer österreichischen Teilnahme zugestimmt habe. Die dahingehende Beschlussfassung der österreichischen Regierung war Ende Juni 1947 ohne sein Wissen und ohne seine Zustimmung erfolgt – was sich insofern als eine „win-win“-Situation herausstellte, als die KPÖ damit weder gegen die damals noch unklare sowjetische Linie Stellung beziehen musste noch zu einem



**Karl Altmann, Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung, beim Jugendtag der FÖJ am 4. Oktober 1947, dahinter Ernst Fischer und Franz Honner.**

für sie ungünstigen Zeitpunkt aus der Regierung gedrängt wurde.

Als am 8. Juli 1947 der Ministerrat erneut zusammentrat, hatte sich die Lage dahingehend geklärt, dass die Sowjetunion ihre anfangs abwartende Position aufgegeben hatte und infolge ihrer Ablehnung auch die anderen osteuropäischen Länder ihre Zusage zur Teilnahme am Marshall-Plan zurückgezogen hatten.<sup>36</sup> Bezeichnenderweise wurde Altmann erst anlässlich dieser Sitzung der bereits im Juni gefasste Zirkulationsbeschluss übermittelt: „Beigefügt war ein Antrag an den Ministerrat (datiert vom 24. Juni 1947), dessen Abschrift ich ebenfalls beifüge. Was diesen letzteren Antrag betrifft, so ist er offenbar während meiner Abwesenheit im Zirkulationswege angenommen worden. Ich habe den Akt niemals zur Unterfertigung bekommen [...]“, so sein Bericht an die KPÖ-Führung über die Ministerratssitzung am 8. Juli,<sup>37</sup> mehr als zwei Wochen nach dem Zirkulationsbeschluss. Altmann brachte nun in der Sitzung des Ministerrats grundsätzliche Bedenken gegen die Entsendung einer österreichischen Delegation nach Paris vor. Angesichts der offensichtlichen Differenzen zwischen



Plakat für eine Veranstaltungsserie der KPÖ im Jahr 1948

den Großmächten müsse Österreich „äußerst vorsichtig sein, jedenfalls so vorsichtig, daß wir nicht den Anschein erwecken, daß wir etwa unsere Politik einer der beiden Gruppen vollständig unterordnen wollen“. Konkret schlug Altmann vor, dass Österreich an der Konferenz nur als Beobachter teilnehmen solle, um der Gefahr zu entgehen, dass es sich im Falle einer Blockbildung durch die Teilnahme am Marshall-Plan „auf eine Seite dieses Blockes schlägt“. Der österreichische Gesandte in Paris Alois Vollgruber solle also angewiesen werden, dass „seine Mission“ bei der Konferenz „nur informativen Charakter“ habe.<sup>38</sup> Trotz dieser gewichtigen Einwände schloss sich an seine Ausführungen, denen die Ministerkollegen „sozusagen mit angehaltenem Atem“<sup>39</sup> gelauscht hatten, keine weitere Diskussion an. Da es Altmann im Rahmen seiner Argumentation vermieden hatte, ein dezidiertes Veto vorzubringen, wurde ohne jede weitere Debatte beschlossen, die Einladung zur Pariser Tagung am 12. Juli 1947 anzunehmen und eine Delegation zu entsenden.<sup>40</sup> Es wäre an Altmann gelegen, in dieser Situation zu insistieren, was aber unweigerlich die Frage nach den weiteren Konsequenzen nach sich gezogen hätte.

In Kenntnis des Wortprotokolls dieser Ministerratssitzung am 8. Juli 1947 wird es also schwer als bemerkenswert und „auffallend“ eingeschätzt werden können, dass der KPÖ-Minister ein zweites Mal die österreichische Teilnahme am Marshall-Plan mitgetragen habe, was in der Forschungsliteratur nicht zuletzt deshalb mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen wurde, als zu diesem Zeitpunkt die definitive Ablehnung Moskau bereits klar war.<sup>41</sup> Angesichts der Gefahr, trotz seiner vorgebrachten Einwände vollauf mit dem Regierungs-

beschluss identifiziert zu werden, ließ Altmann tags darauf in der *Volksstimme* eine Erklärung veröffentlichen, wonach die wirtschaftliche Hilfeleistung der USA zur Unterstützung eines planmäßigen Wiederaufbaus Österreichs im Rahmen einer Zusammenarbeit der europäischen Staaten grundsätzlich zu begrüßen sei. Da aber über den genauen Inhalt des Planes noch nichts bekannt sei, dürfe Österreich keinesfalls „an einer Gruppierung teilnehmen, die einzelnen Mächten eine beherrschende Stellung gibt und praktisch eine Preisgabe der wirtschaftlichen und politischen Souveränität unseres Landes bedeuten würde“. Über eine definitive Teilnahme am Marshall-Plan könne also erst entschieden werden, nachdem Österreich in Paris ausreichende Informationen erhalten habe,<sup>42</sup> so die Rückzugsformel der KPÖ, um ihre Einwände gegen die österreichische Teilnahme weiter inhaltlich aufrecht erhalten zu können, ohne sofort aufgrund grundsätzlicher Differenzen aus der Regierung ausscheiden zu müssen. Als am 12. Juli 1947 die Konferenz in Paris zusammentrat, wurde von der KPÖ die Gefahr einer Spaltung Europas kritisiert, die angesichts des Fehlens der osteuropäischen Länder von den dortigen Beschlüssen ausginge: „Solche Beschlüsse darf daher Österreich nicht für sich annehmen“, so die dezidierte Position der KPÖ im Leitartikel der *Volksstimme*.<sup>43</sup> Damit hatte die KPÖ im Juli alle Möglichkeiten ausgeschöpft, ihre grundlegenden Einwände gegen die amerikanische Wirtschaftshilfe geltend zu machen, ohne das sofortige Auseinanderbrechen der Konzentrationsregierung zu riskieren.

Das spätere Beharren der KPÖ, dass Karl Altmann im Ministerrat nur eine Teilnahme an der Pariser Konferenz und nicht am Marshall-Plan schlechthin mitgetragen habe,<sup>44</sup> reflektiert also nur dieses im Juli 1947 vorhandene taktische Problem. Inhaltlich war auch zu diesem Zeitpunkt die ablehnende Haltung der Partei deutlich. Die Einschätzung des Historikers Wolfgang Mueller, dass die Zustimmung Altmanns zum Marshall-Plan vom 28. (!) Juni 1947 in der späteren KPÖ-Propaganda „dahin umgedeutet“ wurde, dass Altmann nur die Teilnahme

an der Pariser Konferenz zugestimmt habe, nicht aber am Marshall-Plan an sich,<sup>45</sup> ist demgemäß nicht nur hinsichtlich der faktischen Rolle Altmanns zu korrigieren. Umgedeutet wurde die Zustimmung nicht von der KPÖ, sondern von den anderen beiden Regierungsparteien. Bemerkenswert ist weniger, dass die KPÖ angeblich der österreichischen Teilnahme am Marshall-Plan zugestimmt habe, sondern dass es ihr in diesen Wochen gelang, sich trotz ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der amerikanischen Wirtschaftshilfe nicht aus der Regierung verdrängen zu lassen. Resümiert man die Vorgänge im Ministerrat in den Tagen zwischen dem 24. Juni und dem 8. Juli 1947, so wird weniger die Unsicherheit der KPÖ über eine allfällige Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan deutlich als vielmehr die Tatsache, dass für die Partei im Rahmen der Figl-Regierung keinerlei Möglichkeiten mehr bestanden, grundsätzliche Einwände gegen die außenpolitische Orientierung der ÖVP-SPÖ-Mehrheit vorzubringen.

Für die KPÖ ging es in der zweiten Jahreshälfte 1947 letztlich nur noch darum, den geeigneten Zeitpunkt für einen Austritt zu finden bzw. sich nicht in einem ungünstigen Moment aus der Regierung drängen zu lassen. Zur entscheidenden Bruchlinie wurde die im November 1947 beschlossene Währungsreform, die als notwendige Bedingung für die Umsetzung des Marshallplans galt. Im Zusammenhang mit der Kongresshilfe der Amerikaner waren strenge Preiskontrollen verlangt worden und der Geldüberhang sollte beseitigt werden. Die in Geheimverhandlungen zwischen Politikern der beiden großen Parteien mit Vertretern der Großbanken und unter Ausschluss der KPÖ ausverhandelte Währungsreform brachte eine „Sanierung der Banken auf Kosten der Werktätigen“, wie Friedl Fürtberg, der Generalsekretär der KPÖ, kritisierte.<sup>46</sup> Nach der Beschlussfassung des „Währungsschutzgesetzes“ in der Sitzung des Nationalrats am 19. November 1947 schied die KPÖ aus der Regierung aus.<sup>47</sup> Die Konzentrationsregierung wurde zur „Großen Koalition“, die sie de facto von Anfang an gewesen war.

### Die Kritik der KPÖ an der „Marshallisierung“

Mit der Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan wurde die außenpolitische Westorientierung endgültig festgeschrieben. Die KPÖ musste sich der Erkenntnis stellen, „daß die erste große Welle

der revolutionären Nachkriegsbewegung an dem Tor von Österreich Halt gemacht hat“, wie Ernst Fischer die Eingliederung Österreichs „in die kapitalistische Welt“ und in den „Marshall-Block“ umschrieb.<sup>48</sup> Als sowjetische Antwort auf die Truman-Doktrin und den Marshall-Plan wurde im September 1947 das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) gegründet. Andrej Schdanow verkündete auf der Gründungskonferenz in Szklarska Poręba in Polen die Zweilager-Theorie, deren Quintessenz darin bestand, dass die Welt in zwei antagonistische Lager geteilt sei, die einander in einem sich zuspitzenden Klassenkampf gegenüberstünden: in ein imperialistisches und antidemokratisches Lager des Krieges mit den USA an der Spitze und ein antiimperialistisches und demokratisches Lager, ein Lager des Friedens, in dem die Volksdemokratien und die kommunistischen Parteien mit der Sowjetunion als Kraftzentrum zu finden waren.

Mit der nun einsetzenden Kampagne gegen den US-Imperialismus rückte die Kritik an der „Marshallisierung“ Österreichs in den Mittelpunkt der KPÖ-Propaganda. Während der politisch-strategische Charakter des Marshall-Plans als Instrument der Westorientierung und des Antikommunismus richtig erkannt wurde,<sup>49</sup> schätzte die KPÖ seine wirtschaftlichen Auswirkungen falsch ein. Angesichts der drohenden Dominanz des amerikanischen Kapitals und der daraus resultierenden Abhängigkeit Österreichs wurde der Marshall-Plan als Strategie der „Kolonialisierung“ und wirtschaftlichen „Versklavung“ Österreichs interpretiert.<sup>50</sup> Österreich solle durch den Marshall-Plan und „mit Hilfe der österreichischen Marshall-Regierung in eine amerikanische Kolonie verwandelt werden“,<sup>51</sup> so die Kritik der KPÖ. Ein taktisches Kalkül dieser Argumentationslinie bestand darin, die gegen die Partei gerichteten Vorwürfe in der nationalen Frage umzukehren: Die als „Russenpartei“ geschmähte KPÖ klagte nun umgekehrt die Regierung an, fremden Interessen zu dienen und kritisierte sie als „Agenten und Lakaien des amerikanischen Kapitalismus“.<sup>52</sup> Der Marshall-Plan wurde demgemäß als Preisgabe der nationalen Souveränität sowie als „Plan der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterwerfung“ und Zerreißung Europas kritisiert.<sup>53</sup> Die KPÖ spitzte die Kolonialisierungsthese derart zu, dass „die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegen die amerikanischen Imperialisten“ als „revolutionäre Aufgabe“ und als



Kundgebung der KPÖ am 1. Mai 1949 auf der Wiener Ringstraße.

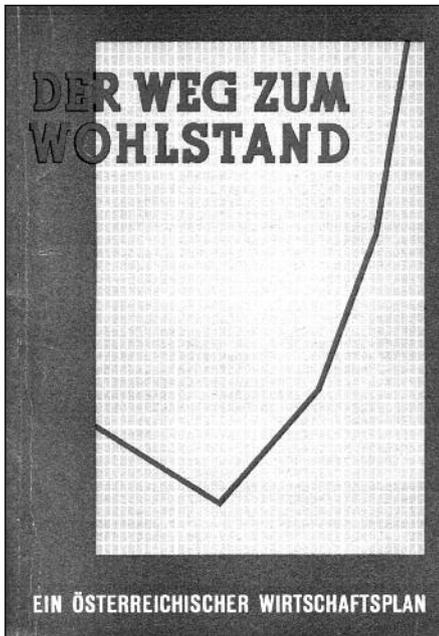
Kampf um nationale Befreiung interpretiert wurde.<sup>54</sup> Politisch zielte diese Interpretation darauf ab, im Bemühen um eine Mobilisierung der Bevölkerung gegen die „koloniale Versklavung“ nationale und soziale Interessen zu verknüpfen. Dies änderte aber nichts daran, dass es der KPÖ mit ihrer Kritik am Marshall-Plan nicht gelang, die Initiative in Fragen der nationalen Souveränität zurückzugewinnen: „Die Amerikaner bringen uns was, die Russen nehmen uns was“, fasste etwa das ZK-Mitglied Ditto Pölzl die „sehr einfachen“ Argumente der SPÖ zusammen, die ihr – seiner Meinung nach – ein „Übergewicht der Propaganda“ sicherten.<sup>55</sup>

Die Hauptargumente gegen den Marshall-Plan waren die angeblich beabsichtigte Entindustrialisierung Österreichs, die Unterbindung des Handels mit dem Osten und die Bevorzugung Westösterreichs durch die ERP-Mittel.<sup>56</sup> Schon vor Ankündigung des Marshall-Plans hatte die KPÖ angebliche Pläne des Auslandskapitals und des reaktionären Flügels der ÖVP kritisiert, die Großindustrie zu schwächen und „Österreich als Industrieland zu vernichten“.<sup>57</sup> In der Resolution des Zentralkomitees vom Jänner 1947 wurde die „Verkrüppelung Österreichs in ein Land des Rohstoffexportes, der Kleinindustrie und des Fremdenverkehrs“ kritisiert, während die entscheidenden Industrien – gemäß den Plänen der „reaktionären Drahtzieher der österreichischen Politik“ – stillgelegt werden sollten, um „der Arbeiterklasse das Rückgrat zu brechen“.<sup>58</sup> Ziel des Marshall-Plans sei es, so die kommunistische Kritik, „Österreich als Industrieland aus-

zuschalten und unsere Wirtschaft von ihren natürlichen Handelspartnern und Absatzmärkten im Osten und Südosten Europas abzusperren“.<sup>59</sup> Richtig erkannt wurden die Auswirkungen auf den Außenhandel, die eine Einschränkung der traditionellen Wirtschaftskontakte mit den ost- und südosteuropäischen Ländern und einen Rückgang der Exporte in den Osten zur Folge hatten. Richtig war auch, dass durch den Marshall-Plan Infrastrukturunterschiede zwischen Ost- und Westösterreich verstärkt wurden, flossen doch 81 Prozent der Gelder in die westlichen Bundesländer.<sup>60</sup> Die angebliche Entindustrialisierung Österreichs wurde aber durch den Aufbau einer modernen Wirtschaftsinfrastruktur und Produktionssteigerungen der österreichischen Industrie widerlegt.

### KPÖ-Wirtschaftsplan „Der Weg zum Wohlstand“

Im Juni 1948 legte die KPÖ in Reaktion auf den Marshall-Plan einen eigenen „Dreijahresplan“ für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft vor. Bereits am 1. Mai 1948 großformatig in der Parteipresse angekündigt,<sup>61</sup> wurde das Dokument mit dem Titel „Der Weg zum Wohlstand“ am 9. Juni 1948 vom Zentralkomitee der Partei beschlossen.<sup>62</sup> Seit März dieses Jahres war der Wirtschaftsplan in monatelanger Arbeit von der Wirtschaftspolitischen Kommission der KPÖ ausgearbeitet worden – unter Federführung von Theodor Prager und unter Hinzuziehung zahlreicher Experten aus verschiedenen Wirtschaftszweigen, darunter auch der spätere Linzer Universitätsprofessor Kurt W. Rothschild.<sup>63</sup> Als



**Wirtschaftsplan der KPÖ „Der Weg zum Wohlstand“ vom Juni 1948.**

Vorbild diente ein ähnlicher Dreijahresplan, den die Kommunistische Partei Großbritanniens im November 1947 vorgelegt hatte.<sup>64</sup> Der Plan forderte die Verstaatlichung der gesamten Großindustrie und des Bankwesens bei gleichzeitiger Förderung der Klein- und Mittelbetriebe und der Gewerbetreibenden. Weitere Forderungen zielten auf die Durchführung einer demokratischen Bodenreform und die Festigung der Währung durch die Abschöpfung der Kriegs- und Konjunkturprofite bei gleichzeitiger Einführung einer Vermögensabgabe ab. Die gesamtstaatliche Wirtschaftslenkung und Ressourcenverteilung sollte „den Weg für eine Planung der Volkswirtschaft Österreichs ebnen“.<sup>65</sup>

Wichtigster Gedanke des Wirtschaftsplans waren Wirtschafts- und Handelsabkommen mit den volksdemokratischen Ländern. Güter wie Kohle, Nahrungsmittel und Maschinen sollten vor allem aus dem Osten importiert werden, um Österreich im Gegenzug ein „von allen Krisenschwankungen freies Absatzgebiet von unbeschränkter Aufnahmefähigkeit“ zu sichern. Amerikanische Finanzkredite sollten durch „kurz- und mittelfristige Warenkredite von seiten jener Länder, die uns beliefern“, ersetzt werden.<sup>66</sup> In der konkreten sozialökonomischen Politik der Partei spielte der Plan jedoch kaum eine Rolle. Vielmehr bewahrheitete sich die Befürchtung Johann Koplénigs, dass er vor allem ein „Nachschlagbuch für Wirtschaftsfachleute“ darstellen werde.<sup>67</sup> Damit spielte der Parteivorsitzende auf die Tatsache an, dass der Wirtschaftsplan nicht nur ein

Aktionsprogramm für die nächsten drei Jahre beinhaltete, sondern auch eine bemerkenswerte Analyse der damaligen wirtschaftlichen Struktur Österreichs darstellte. Der tagespolitische Gebrauchswert des Wirtschaftsplans war vor allem deshalb eingeschränkt, als er den grundlegenden Ausweg „aus der Sackgasse der kapitalistischen Krisenwirtschaft und der Marshallisierung“ mehr oder weniger aus der Perspektive eines volksdemokratischen Österreich aufzeigte, seine Realisierung also – wie Franz Honner, stellvertretender Vorsitzender der KPÖ, am 14. Parteitag festhielt – erst möglich sei, „wenn die politischen Voraussetzungen dazu gegeben sind“.<sup>68</sup> In der zeitgenössischen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung wurde der Wirtschaftsplan der KPÖ weitgehend ignoriert.

### Unterschätzte Entwicklungsdynamik

Falsch eingeschätzt wurden von der KPÖ die langfristigen Auswirkungen der amerikanischen Wirtschaftshilfe, die unter dem alleinigen Gesichtspunkt der Ausbeutung gedeutet wurde. Um die nur vorgeblich „wohltätige Wirkung des Marshall-Plans“<sup>69</sup> zu demaskieren, prognostizierte die KPÖ eine „Senkung des Lebensstandards der breiten Massen“, Massenarbeitslosigkeit und die „Verelendung der werktätigen Schichten“.<sup>70</sup> Tatsächlich ging es den USA aber mit dem Marshall-Plan nicht um eine Ausplünderungs- oder Kolonialisierungspolitik, sondern um eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage zur Restauration des Kapitalismus. „Der Marshall-Plan hat uns nicht verklavt und nicht in Arbeitslosigkeit und Krise gestürzt, sondern Österreich aus dem Ärgsten herausgeführt und den Gesamtstandard unseres Lebens [...] verbessert“, hielt der sozialdemokratische Journalist Jacques Hanak der KPÖ-Propaganda entgegen.<sup>71</sup> Die „Katastrophen-Erwartungspolitik der KPÖ“ sei schließlich völlig hilflos gewesen, hält auch der Wirtschaftswissenschaftler Hans Prader fest, „als dann die ökonomische Expansion einsetzte und die von der KPÖ vorausgesagten Folgen nicht eintrafen“.<sup>72</sup>

In einem größeren Kontext zeigt die kommunistische Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Zielsetzungen des Marshall-Plans, dass die Dynamik der damaligen kapitalistischen Entwicklung von der KPÖ generell unterschätzt bzw. verkannt wurde. Ende 1947 prognostizierte die Partei noch ein Versinken

Westeuropas in wirtschaftlichen Krisen.<sup>73</sup> Ab Herbst 1948 wurde zwar eine gewisse „Normalisierung“, „Erholung“ und „Stabilisierung“ der österreichischen Wirtschaft festgestellt,<sup>74</sup> langfristig betrachtet blieb aber die Einschätzung wirksam, dass der Marshall-Plan zu einer neuerlichen Wirtschaftskrise führen werde: „Österreich geht, wenn es die Marshall-Politik fortsetzt, unaufhaltsam der Katastrophe entgegen“, war im Februar 1950 angesichts von 133.000 Arbeitslosen in Österreich in *Weg und Ziel*, dem Theorieorgan der KPÖ, zu lesen.<sup>75</sup> Selbst als Anfang der 1950er Jahre der wirtschaftliche Aufschwung deutlich geworden war, wurde der Marshall-Plan in der Resolution des 15. Parteitags weiter als „Instrument zur Verklavung der Volksmassen“ kritisiert, das die Krisenmomente der kapitalistischen Wirtschaft weiter verstärkte.<sup>76</sup> In Wahrheit leitete der Marshall-Plan die längste Konjunkturperiode der Nachkriegsgeschichte ein. Er wirkte als Initialzündung der Nachkriegskonjunktur und als Stabilisierungsfaktor des kapitalistischen Systems.

Die KPÖ war vor allem deshalb nicht in der Lage, die Entwicklungsdynamik des Kapitalismus theoretisch zu verarbeiten, als ihrem Kapitalismusverständnis Thesen Josef Stalins von einer automatischen Verschlechterung der Wirtschaftslage zugrunde lagen.<sup>77</sup> Das kapitalistische System wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als angeschlagen betrachtet, sodass dessen endgültige Niederlage infolge einer neuen Wirtschaftskrise nur als eine Frage der Zeit erschien. Johann Koplénig charakterisierte etwa im November 1949 den wieder aufgerichteten Kapitalismus in Europa als „ein höchst ungesundes, nicht sehr lebensfähiges Schattengewächs“.<sup>78</sup> Während der Imperialismus als parasitär eingeschätzt und als seine Haupttendenz die Stagnation erkannt wurde, gingen die kommunistischen Parteien umgekehrt von einer ungebrochenen Aufwärtsentwicklung der sozialistischen Länder aus. Ungeachtet der bereits erkennbaren ökonomischen Stabilisierung kam sowohl am 15. Parteitag im Jahr 1951 als auch am 16. Parteitag im Jahr 1954 die Erwartungshaltung der KPÖ hinsichtlich einer fortschreitenden Krisenanfälligkeit des Kapitalismus zum Ausdruck. Entgegen dieser Prognosen wurde Anfang der 1950er Jahre eine langwährende, stabile Periode der Nachkriegskonjunktur eingeleitet, die einen Aufschwung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung und eine sichtbare Steigerung des

privaten Konsums zur Folge hatte. Während es der Regierung gelang, die Löhne und Preise zu stabilisieren, hielt die KPÖ an agitatorischen Parolen aus der Zeit der Lohn- und Preis-Abkommen fest. Die ökonomischen Analysen der KPÖ gerieten in Widerspruch zu den unmittelbaren Erfahrungen der Werktätigen. „Diese wichtigen wirtschaftlichen Veränderungen, die zu einer Wendung der Stimmung der Massen geführt haben, wurden von uns nicht nur nicht rechtzeitig erkannt, sondern im Gegenteil sogar lange direkt bestritten“, wurde im November 1953 in einem Thesenentwurf selbstkritisch eingeschätzt. Die Partei habe „in vielen Fragen die Haltung fortgesetzt, die sie seinerzeit in einer durchaus anderen Situation, eingenommen hat“. <sup>79</sup> In Fragen des Wiederaufbaus bestand in der kommunistischen Agitation die Tendenz, „alles zu negieren, anstatt die Leistungen der arbeitenden Bevölkerung hervorzuheben“. <sup>80</sup> Im Mai 1956 wurde von Johann Koplenig eingestanden, dass die Auswirkungen der Konjunktur „lange Zeit hindurch unterschätzt“ worden seien. <sup>81</sup>

Die Kampfbereitschaft der ArbeiterInnenklasse wurde neben der verbesserten materiellen Lage auch durch die Herausbildung der Sozialpartnerschaft als System der Konfliktverhütung gezähmt. Deren Entwicklung zum Regulierungsinstrument und Herrschaftssystem des österreichischen Kapitalismus wurde von der KPÖ zunächst nur unzureichend erkannt und analysiert. <sup>82</sup> Für die Partei war die neue Entwicklungsetappe auch insofern von Bedeutung, als die vielfältigen politischen Aktivitäten an der Basis – allen voran ihre sozialökonomische Politik gegen das System der Lohn-Preis-Pakte – angesichts des „Wirtschaftswunders“ in eine längerfristige Strategie eingepasst werden mussten. Eine „ihrer Kernkompetenzen, die klassenkämpferische Interessensvertretung“, die in den Jahren ab 1947 das oppositionelle Profil der KPÖ geprägt hatte, büßte angesichts der Stabilisierung der kapitalistischen Ökonomie an Bedeutung ein. <sup>83</sup> 1952/53 war die Periode des Wiederaufbaus mit ihren seit 1947/48 währenden Klassenauseinandersetzungen im wesentlichen abgeschlossen.

#### Anmerkungen:

1/ Mugrauer, Manfred: „Reaktionäre aus der Regierung hinauswerfen“. Die „Figl-Fischerei“ im Mai/Juni 1947, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 25. Jg. (2018), Nr. 2, S. 1–8.  
2/ Wippermann, Wolfgang: Heilige Hetzjagd.

Eine Ideologiegeschichte des Antikommunismus. Berlin 2012, S. 69.

3/ Z.B. Rauchensteiner, Manfred: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung. Wien 2005, S. 123; Stourzh, Gerald: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955. Wien, Köln, Graz <sup>5</sup>2005 (Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 62), S. 106.

4/ Sturmthal, Adolf: Amerikanische Wirtschaftsperspektiven, in: *Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik und Kultur*, Nr. 9, Mitte September 1947, S. 260–262, hier S. 262.

5/ Pelinka, Anton: Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur, in: Bischof, Günter/Stiefel, Dieter (Hg.): „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998. Wien 1999, hier S. 258.

6/ Rathkolb, Oliver: Die Zweite Republik (seit 1945), in: Lackner, Christian u.a.: Geschichte Österreichs. Stuttgart 2015, S. 525–594, hier S. 568.

7/ Bischof, Günter: Die Planung und Politik der Alliierten 1940–1954, in: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.): Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden. Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Wien, Köln, Weimar 1997, S. 107–136, hier S. 130.

8/ Dollar und Unabhängigkeit, in: *Österreichische Volksstimme*, 19.9.1946, S. 1–2, hier S. 1f.

9/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 2. ZK-Plenums der KPÖ am 15.10.1946, Beilage 1: Referat von Johann Koplenig, S. 7f.

10/ Mähr, Wilfried: Der Marshallplan in Österreich. Graz, Wien, Köln 1989, S. 83–87, hier S. 83f.; Zöllner, Erich: Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wien, München 81990, S. 536; Weiß, Florian: „Gesamtverhalten: Nicht sich in den Vordergrund stellen“. Die österreichische Bundesregierung und die westeuropäische Integration 1947–1957, in: Gehler, Michael/Steininger, Rolf (Hg.): Österreich und die europäische Integration 1945–1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung. Wien, Köln, Weimar 1993 (Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Arbeitskreis Europäische Integration. Historische Forschungen. Veröffentlichungen, Bd. 1), S. 21–54, hier S. 25; Rauchensteiner: Stalinplatz 4, S. 124; Mueller, Wolfgang: Die politischen Parteien in der sowjetischen Besatzungspolitik in Österreich 1945–1955, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 313–339, hier S. 326; Rauchensteiner, Manfred: Unter Beobachtung. Österreich seit 1918. Wien, Köln, Weimar 2017, S. 284.

11/ Pelinka: Marshall-Plan, S. 253.

12/ Rauchensteiner, Manfred: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955.

Graz, Wien, Köln 1979, S. 108.

13/ Portisch, Hugo: Aufregend war es immer. Wals 2015, S. 46.

14/ Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien 1953, S. 175–180, hier S. 177.

15/ Mähr: Der Marshallplan in Österreich, S. 83f.

16/ Molotow warnt vor Spaltung Europas. Die Pariser Konferenz ohne Einigung beendet, in: *Österreichische Volksstimme*, 3.7.1947, S. 1.

17/ Nach der Pariser Konferenz, in: *Österreichische Volksstimme*, 4.7.1947, S. 1–2, hier S. 1.

18/ Mähr: Der Marshallplan in Österreich, S. 84.

19/ Rauchensteiner: Stalinplatz 4, S. 124.

20/ Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 176.

21/ Stourzh: Um Einheit und Freiheit, S. 106.

22/ Vgl. Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 6: 13. Mai 1947 bis 2. September 1947. Wien 2011 (i.d.F. MRP 6), S. 260.

23/ Ebd., S. 281f.

24/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 2.7.1947, S. 9.

25/ Neues amerikanisches Hilfswerk inauguriert, in: *Wiener Zeitung*, 26.6.1947, S. 1–2, hier S. 1.

26/ MRP 6, S. 300.

27/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Archiv der Republik (AdR), BKA AA, Sektion II-pol, Kt. 54, Zeichen Amerika 2, GZl. 107.651-pol/47, Zl. 107.900-pol/47 v. 4.7.1947.

28/ Ebd., GZl. 107.651-pol/47, Zl. 107.768-pol/47 v. 24.6.1947, Marshalls Europa Plan, Beilage: Antrag von Karl Gruber an den Ministerrat, S. 2f. Der Antrag Grubers ist auch abgedruckt in Gehler, Michael: Der lange Weg nach Europa. Österreich von Paneuropa bis zum EU-Beitritt. Dokumente. Innsbruck, Wien, München, Bozen 2002, Dok. V.6, S. 136–137.

29/ Beschlußprotokoll Nr. 74 über die Sitzung des Ministerrates am 1. Juli 1947, in: MRP 6, S. 324–330, hier S. 330. Auch aus dem Akt des Auswärtigen Amtes geht der 24. Juni als Datum der Beschlussfassung hervor. Stourzh geht aber auf Grundlage einer Paraphe von Generalsekretär Heinrich Wildner davon aus, dass der Beschluss in Wahrheit am 27. Juni erfolgte und rückdatiert wurde (Stourzh: Um Einheit und Freiheit, S. 107, Anm. 100).

30/ Bidault protestiert gegen Geheimhaltung, in: *Wiener Zeitung*, 29.6.1947, S. 1.

31/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 9.7.1947, S. 7.

32/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 2.7.1947, S. 9.

33/ Vgl. Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Berlin 1994, S. 92.

34/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 2.7.1947, S. 9.

35/ Stadler, Karl R.: Adolf Schärf. Mensch – Politiker – Staatsmann. Wien, München, Zürich

1982, S. 326.  
 36/ Vgl. Truman gegen Marshall-Plan?, in: *Österreichische Volksstimme*, 11.7.1947, S. 1.  
 37/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 9.7.1947, S. 7. In den Beilagen des Ministerratsprotokolls findet sich der Beschluss jedoch nicht (MRP 6, S. 338), was die Interpretation nahelegt, dass das Schriftstück zu diesem späten Zeitpunkt nur dem im Juni 1947 abwesenden KPÖ-Minister zur Kenntnis gebracht wurde.  
 38/ MRP 6, S. 350f.  
 39/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 9.7.1947, S. 7.  
 40/ MRP 6, S. 352.  
 41/ Mähr: Der Marshallplan in Österreich, S. 85; Rauchensteiner: Stalinplatz 4, S. 124.  
 42/ Einladung nach Paris angenommen, in: *Österreichische Volksstimme*, 9.7.1947, S. 1.  
 43/ Die Konferenz in Paris, in: *Österreichische Volksstimme*, 12.7.1947, S. 1–2, hier S. 2.  
 44/ Ernst Fischer über die Hintergründe der österreichischen Außenpolitik, in: *Österreichische Volksstimme*, 12.12.1947, S. 2.  
 45/ Mueller: Die politischen Parteien in der sowjetischen Besatzungspolitik in Österreich, S. 326 (Hervorhebung M.M.).  
 46/ Fűrberg, Friedl: Klare Fronten, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg. (1947), Nr. 12, S. 817–826, hier S. 820.  
 47/ Die Kommunisten aus der Regierung ausgetreten, in: *Österreichische Volksstimme*, 20.11.1947, S. 1.  
 48/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.11.1949, Beilage 9: Ernst Fischer, S. 6.

49/ Vor dem 14. Parteitag der KPÖ. Was Österreich durch die Marshallisierung droht, in: *Österreichische Volksstimme*, 3.10.1948, S. 6.  
 50/ Kopenig, Johann: Gegen koloniale Versklavung! Durch Arbeitereinheit zum Sozialismus! Referat vor dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs am 24. September 1947. Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 6), S. 8; ders.: Der Ausweg: 1. Die entscheidende Wendung. Wien: Stern-Verlag 1948, S. 23.  
 51/ Was ist nationale Unabhängigkeit? Wien: Stern-Verlag 1949 (Lehrhefte für die Schulung), S. 29.  
 52/ Kopenig, Johann: Vom 13. zum 14. Parteitag (Aus der Rede auf dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs am 28. August 1948.), in: *Weg und Ziel*, 6. Jg. (1948), Nr. 9, S. 601–619, hier S. 617.  
 53/ Resolution, in: Der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs (Gekürztes Protokoll), hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Stern-Verlag o.J. [1948], S. 216–228, hier S. 217.  
 54/ Marek, Franz: Das Proletariat und die nationale Unabhängigkeit, in: *Weg und Ziel*, 10. Jg. (1952), Nr. 3, S. 172–182, hier S. 177.  
 55/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.3.1948, Beilage 18: Ditto Pözl, S. 2.  
 56/ Volter, Hans: Der Marshall-Plan und Österreich, in: *die arbeit*, 2. Jg. (1948), Nr. 4, S. 16–17; Kostmann, Jenö: Warum wir den Marshall-Plan ablehnen, in: *die arbeit*, 2. Jg. (1948), Nr. 6, S. 26–28; Lenz, Georg [d.i. Adolf Löwy]: Was bringt der Marshall-Plan? Wien: Sowjetischer Informationsdienst 1949.  
 57/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 3. ZK-Plenums der KPÖ am 17.1.1947, Beilage 1: Referat von Friedl Fűrberg, S. 12 und 26.  
 58/ Resolution der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs vom 17. Jänner 1947, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg. (1947), Nr. 2, S. 148–151, hier S. 148.  
 59/ Volter: Marshall-Plan, S. 17.  
 60/ Stiefel, Dieter: Coca-Cola kam nicht über die Enns. Die ökonomische Benachteiligung der sowjetischen Besatzungszone, in: Bischof/Stiefel (Hg.): „80 Dollar“, S. 111–132, hier S. 123.  
 61/ Ein Dreijahresplan zur Hebung der Wirtschaft und des Lebensstandards, in: *Österreichische Volksstimme*, 1.5.1948, S. 5.  
 62/ Der Weg zum Wohlstand. Ein österreichischer Wirtschaftsplan. Ausgearbeitet von der Wirtschaftspolitischen Kommission beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Stern-Verlag 1948.  
 63/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.3.1948, S. 3; Alt, Peter [d.i. Kurt Rothschild]: Der Weg zum Wohlstand. Der Wirtschaftsplan der KPÖ, in: *Weg und Ziel*, 6. Jg. (1948), Nr. 7/8, S. 488–492, hier S. 488.  
 64/ Aufbauprogramm der britischen Kommunisten,

in: *Österreichische Volksstimme*, 4.1.1948, S. 2.  
 65/ Der amerikanische Imperialismus – der ärgste Feind der Völker. Wien: Sowjetischer Informationsdienst 1951, S. 64.  
 66/ Kostmann, Jenö: Ein Dreijahresplan des Wiederaufbaues, in: *die arbeit*, 2. Jg. (1948), Nr. 7/8, S. 22–24, hier S. 22.  
 67/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 8. ZK-Plenums der KPÖ am 28./29.8.1948, Beilage 32: Schlusswort von Johann Kopenig, S. 3.  
 68/ Der Kampf gegen den Marshall-Plan und der Wirtschaftsplan der KPÖ. Referat des Genossen Franz Honner, in: Der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, S. 71–81, hier S. 78 und 80.  
 69/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 12./13.10.1950, Beilage 1: Referat von Johann Kopenig, S. 1.  
 70/ Bericht des Genossen Kopenig an den XIV. Parteitag, hg. von der Kommunistischen Partei Österreich. Wien o.J. [1948], S. 5; Der Weg zum Wohlstand. Ein österreichischer Wirtschaftsplan, S. 15.  
 71/ Hannak, Jacques: Vier Jahre Zweite Republik. Ein Rechenschaftsbericht der Sozialistischen Partei. Wien 1949, S. 40.  
 72/ Prader, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945–1950. Wien 1975 (In Sachen, Heft 1), S. 85.  
 73/ Fűrberg: Klare Fronten, S. 822.  
 74/ Prager, Theodor: Zur „Normalisierung“ der österreichischen Wirtschaft, in: *Weg und Ziel*, 6. Jg. (1948), Nr. 9, S. 620–627, hier S. 620.  
 75/ West, Franz: Bankrott des Marshall-Plans – Bankrott des Marshall-Sozialismus, in: *Weg und Ziel*, 8. Jg. (1950), Nr. 2, S. 108–118, hier S. 110.  
 76/ Resolution, in: Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs im Wiener Konzerthaus, 1. bis 4. November 1951 (Gekürztes Protokoll), hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Stern-Verlag o.J. [1952], S. 223–236, hier S. 224.  
 77/ Stalin, J.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Berlin 1952 (Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus), S. 57f.  
 78/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.11.1949, Beilage 1: Referat von Johann Kopenig, S. 10.  
 79/ ZPA der KPÖ, Thesen zur Diskussion über die Ergebnisse der letzten Wahlen, die politische Lage und die Aufgaben der Partei, Entwurf, 12./13.11.1953, S. 2.  
 80/ Kopenig: Der Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, S. 5.  
 81/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 11. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.5.1956, Beilage 1: Referat von Johann Kopenig, S. 20.  
 82/ Wimmer, Ernst: „Sozialpartnerschaft“ aus marxistischer Sicht. Wien 1979, S. 12f.  
 83/ Baier, Walter: Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008. Wien 2009, S. 122.

**Verteidigung einer Ruine**  
 Nachdenkliches zu 70 Jahren Grundgesetz

Mit der Beilage »Deutsche Verfassungsprobleme – Geschichte und Gegenwart« von **Hermann Klenner**

**Das Thema:** Ludwig Elm: Stasi-»Forschung« exemplarisch: Hochstapeln und denunzieren • Tim Engels: Freiheit stirbt mit Sicherheit • Raimund Ernst: »Eine Waffe der Demokraten« • Rolf Geffken: Gedenken oder Überdenken? • Patrik Köbele: »Kampfauftrag, statt Feiertag« • Ekkehard Lieberam: Dem »DDR-Sozialstaat« folgte die soziale Diskriminierung • Werner Rügemer: Arbeitsrechte – Blindstelle im Grundgesetz • Klaus Wagener: Verteidigung einer Ruine?

**Weitere Themen:** Wohnen – Bewegung, Alternativen, Eigentumsfrage; Wissenschaftler unterstützen »Fridays for Future«; Venezuela; Xis Europa-Besuch; Kulturgeschichte der DDR; »Deutschland AG«; Über Sexismus-Bashing, Sexualität und Pornographie



**Neue Impulse Verlag**  
 Hoffnungstraße 18  
 45127 Essen  
 Tel. 0201 | 23 67 57

Einzelpreis **9,50 €**  
 Jahresabo **48,00 €**  
 ermäßigtes Abo **32,00 €**

[www.marxistische-blaetter.de](http://www.marxistische-blaetter.de)